

„Immer Stress zwischen Afrikanern und Arabern“



Bei manchen Berichten dieser Tage ist der reflektierte, mit gesundem Menschenverstand ausgestattete Bürger schlicht nur noch fassungslos. Nachdem es in der von „Flüchtlingen“ und Linken besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg zum ersten Messertoten kam, gibt es nun Statements von allen Seiten und keines davon ist auch nur annähernd in die Kategorie „gesundes Rechtsverständnis“ einzuordnen. Im Gegenteil, was da gesagt wird, ist nicht nur an Unverfrorenheit, sondern auch an vollkommener Abgehobenheit kaum noch zu überbieten.

(Von L.S.Gabriel)

Am vergangenen Freitag wurde in dem seit über einem Jahr besetzten Gebäude ein Marokkaner beim Streit um Duschgel von einem Afrikaner erstochen (PI berichtete). Nun gab es, wie im Land der Dauerbetroffenen so üblich, eine kleine

„Gedenkveranstaltung“ am Ort des Geschehens. Zwischen Blumenniederlegung und Bedauerungsbekundungen der Bewohner und dieser Inszenierung beiwohnender Gäste tut sich nun ein neues „Problem“ auf. Die grüne, in Sachen Gesetzesdurchsetzung sonst untätige Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann, hatte zugesagt, die Überführung des Leichnams nach Marokko großzügig aus Steuergeldern zu finanzieren. Leider geht das aber gar nicht, da niemand zu wissen scheint, wer der Tote eigentlich war. Er beteiligte sich zwar schon mindestens drei Monate an der illegalen Übernahme fremden Eigentums und hielt sich auch illegal im Land auf, aber bisher hatte es wohl niemand für nötig befunden, den Mann allein aufgrund dieser Gesetzesvergehen zu belangen. Zynischerweise würde er, wäre er deshalb dingfest gemacht worden, vermutlich sogar noch leben.

Für jeden deutschen Bürger gilt nach § 1 Personalausweisgesetz (PAuswG) ab dem 16. Lebensjahr die Verpflichtung, einen gültigen Personalausweis oder eine ähnliche Legitimation (wie etwa einen Reisepass) zu besitzen. Der Verstoß gegen dieses Gesetz kann mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro geahndet werden. Ausländer müssen das offenbar nicht.

In einem Bericht des rbb heißt es, dass viele der „Flüchtlinge“ ihre Identität verschleierten, da sie so einer Abschiebung entgehen wollten. Nun regen sich aber gleichzeitig die Besetzerfreunde des erstochenen Marokkaners darüber auf, dass der Tote ja schließlich in Deutschland nur ein besseres Leben für sich und seine Familie hätte haben wollen und er doch jetzt wohl gefälligst nach Hause in „sein Land“ gebracht werden müsse. Ein anderer beklagt, dass es immer „Stress“ gäbe zwischen Arabern und Afrikanern. Warum das so ist, erklärt sich der rbb damit, dass dort doch 200 Flüchtlinge auf engstem Raum lebten. Diesen Schluss zog auch der Vorsitzende der marokkanischen Gemeinde, Mohammed Lahrima (Foto oben l.). In einer Art Pressekonferenz sagte er: „In dieser Schule zu leben, unter diesen Umständen, ist kein würdiges Leben“. Das sei für Deutschland eine Schande. Die Verantwortlichen sollten

sich doch endlich „menschlich“ zeigen.

Dabei hat der Mann allerdings nicht bedacht, dass ein Großteil der Verbrecher dort gar nicht umgesiedelt werden will. Und anstatt Gesetze durchzusetzen, sind die Verantwortlichen damit beschäftigt, mit den „Bewohnern“ darüber zu verhandeln, welche Lösung ihnen denn genehm sei. Hakan Tas, innenpolitischer Sprecher der Linkspartei, erklärt: „Viele Menschen, die hier untergekommen sind, sind dazu bereit, sich registrieren zu lassen und eine andere Unterkunft zu akzeptieren.“

Da steht der Steuerzahler sprachlos davor. Man sei also gnädigst „dazu bereit“ sich eine 4-Sterneunterkunft finanzieren zu lassen. Diese Art von grenzenloser Überheblichkeit ist nur sehr schwer zu ertragen. Aber laut rbb wolle der Bezirk Kreuzberg gerne entsprechende Angebote machen.

Spätestens da fragt man sich, was in den Köpfen dieser Leute vor sich geht. Da gibt es eine ganze Reihe Personen, die mehrfach das Gesetz brechen, aber das stört nicht, denn offenbar gelten deutsche Gesetze nur noch für Deutsche. Nein, auch nicht für alle, ausgenommen sind Linke und sonstige Deutschlandhasser. Die dürfen Vorschub zum Gesetzesbruch leisten und Ausländer bei der Landnahme unterstützen, wie in Berlin und Hamburg oder auch jahrzehntelang Gebäude illegal in Besitz nehmen, wie das ehemalige Hamburger Flora Theater. Wenn aber ein gewählter (nicht linker) Politiker wie Jörg Uckermann krankheitshalber einen Gerichtstermin nicht einhält, wird er aus dem Krankenhaus heraus verhaftet und ins Gefängnis gesteckt (PI berichtete).

Das wirklich Tragische daran ist aber schon gar nicht mehr, dass das so ist, sondern die Dreistigkeit, mit der man derartiges Unrecht völlig ungeniert in der Öffentlichkeit vertritt, sowohl seitens der Politik, als auch der Medien.